

## PRESSEERKLÄRUNG von Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus

Autobahnneubau kostet die Landeskasse wesentlich mehr als vom Senat behauptet

Claudia Hämmerling, verkehrspolitische Sprecherin, erklärt:

Der Senat hat in den gestrigen Haushaltsberatungen seine Behauptung, dass der Landesanteil für den geplanten Autobahnneubau der A100 nur 6 Millionen Euro beträgt ad absurdum geführt. Die Gesamtkosten für die drei Kilometer kurze Strecke liegen bei 312 Millionen Euro. Bisher hieß es, der Bund würde die Verwaltungskosten übernehmen. Pustekuchen! Der Bund übernimmt lediglich Verwaltungskosten in Höhe von 3 Prozent. Der Umfang beläuft sich nach Senatsauskunft aber auf ca. 15 bis 18 Prozent. Das heißt, Berlin bleibt auf Verwaltungskosten in Höhe von ca. 45 Millionen Euro sitzen. Rechnet man die Planungskosten und den Neubau der einmündenden Straßen und den Wert der Grundstücke hinzu, ist man bei einer Summe von mehr als 50 Millionen Euro.

Es ist unglaublich, dass der Senat bereit ist, diese Summe für ein Projekt zu investieren, das den Verkehr unmittelbar in die Umweltzone führt und zu einer erheblich stärkeren Verkehrsbelastung in den Bezirken Treptow und Friedrichshain führen wird. Klimaschutz in der Verkehrspolitik ist bei Rot-Rot ein Fremdwort.

Wir fordern den Senat auf, sich von diesem klimaschädlichen Verkehrsprojekt zu verabschieden und endlich in klimafreundliche effiziente Trassenverlängerung der Straßenbahn beispielsweise ins Märkische Viertel oder nach Moabit zu investieren.

(c) Bündnis 90/Die Grünen im Abgeordnetenhaus - Berlin